L-01-095 Ein grünes Gesundheitsnetzwerk für Berlin - von Prävention bis zur Versorgung und von der Geburt bis ins hohe Alter

Antragsteller*in: Ronja Schicke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01NEU

Von Zeile 96 bis 99:
Geburtsvorbereitung gesichert ist. Gefahrlose Schwangerschaftsabbrüche sowie eine Schutzzone vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden wir ermöglichen. Wir setzen uns für die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch ein, für eine Aufnahme von Schwangerschaftsabbrüchen in den Katalog der kassenärztlichen Leistungen und dafür, dass jede ungewollt schwangere Person die Methode des Abbruchs frei wählen kann. Eine flächendeckende, niedrigschwellige Versorgung mit Gynäkolog*innen, die Abbrüche durchführen, muss flächendeckend sichergestellt werden. Die verpflichtende Bedenkzeit wird abgeschafft. Ebenso wollen wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten sowie für eine bedarfsgerechte Nachsorge ~~wollen wir~~ verbessern, mit einer bedarfsgerechten Ausstattung, einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sowie

Begründung

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland immer noch nicht legalisiert. Der freie und gefahrlose Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist Teil des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung einer jeden schwangeren Person. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist ein weltweit anerkanntes Menschenrecht. Schwangerschaftsabbrüche müssen deshalb endlich legalisiert werden und als Teil der medizinischen Grundversorgung angesehen werden, wie es auch in Frankreich, Schweden oder Kanada der Fall ist. Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führt beispielsweise dazu, dass diese in der Ausbildung von Ärzt*innen nicht gelehrt werden und dass immer weniger Ärzt*innen sich dafür entscheiden, Abbrüche durchzuführen, auch aus Angst vor Repressionen durch sogenannte Lebensschützer*innen. Die baldige Streichung des § 219a Strafgesetzbuch (sogenanntes Werbeverbot) ist ein wichtiger erster Schritt. Neben der Möglichkeit, sich im Vorfeld gut und objektiv zu Methoden von Schwangerschaftsabbrüchen (medikamentöser Abbruch, Ausschabung und Vakuumaspiration) informieren zu können, ist es dabei auch wichtig, dass eine flächendeckende Versorgung mit allen Methoden zur Verfügung steht, um ungewollt schwangere Personen würdevoll, niedrigschwellig und wohnortnah versorgen zu können. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die verpflichtende Bedenkzeit, die den Prozess verzögert und die Schwangerschaft verlängert, aufgehoben wird.

Vielen Ländern in Europa steht Deutschland in der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen nach. Die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen (d.h. die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches) ist längst überfällig.

Unterstützer*innen

Marlene Pacheco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Alina Zimmermann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dorothée Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Stefanie Wesch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)